

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 23

Artikel: In der Sowjetunion gibt es keine Arbeitslosigkeit, sondern "Arbeitskraftreserven"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094744>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In der Sowjetunion gibt es keine Arbeitslosigkeit, sondern «Arbeitskraftreserven»

Arbeitslosigkeit gibt es in der Sowjetunion nicht. Das ist ein offizieller Sachverhalt. Um so spannender wird die Frage, was wohl gemeint ist, wenn zum Beispiel vom «allgemein sinkenden Beschäftigungsgrad» in der usbekischen Landwirtschaft die Rede ist.

Und darüber schreibt die dortige Parteipresse, selbstredend ohne das Wort Arbeitslosigkeit je zu gebrauchen, das man dem Westen vorbehält. Ersichtlich wird nur, dass es namentlich bei den Schulabgängern unterbeschäftigte oder unbeschäftigte Leute gibt, und zwar in einer grossen Zahl, die aber nirgends präzisiert wird.

Uebrigens liegt der Akzent keineswegs etwa auf dem Los dieser noch nicht in den Arbeitsprozess eingegliederten Elemente, sondern — wenn schon — auf dem Aerger, den man mit ihnen hat, wenn sie sich dann «schwarz» durchs Leben schlagen. Aber zur Hauptsache geht es um die Ausnützung des Wirtschaftspotentials, in diesem Falle um die mangelhafte Balance zwischen Stadt und Land.

So enthielt die «Prawda Wostoka» (Taschkent) am 7. August 1976 zwei Beiträge, die inhaltlich auf die Arbeitslosigkeit Bezug nahmen. Einmal sind unter dem Titel «Ohne Projekte und Mittel» die Zustände im Gebiet Choresm beschrieben, wo es ganz allgemein den Sowchosen miserabel geht. Und fast nebenbei wird gefragt, was man eigentlich mit der ständig wachsenden Bevölkerung machen sollte, nachdem doch die Erschliessungsarbeiten (Bewässerung) schon längst abgeschlossen seien. Das Problem ihrer Beschäftigung werde immer akuter.

Zur «schwierigen Frage der Stellenbeschaffung» für die Landjugend in der ganzen Republik äussert sich in der gleichen Nummer der Vorsitzende des Regierungsamtes «für die Ausnützung der Arbeitskraftressourcen», M. Danija-Chodschajew. Es stellt sich heraus, dass es dieses Jahr 157 000 Schulabgänger unterzubringen gilt, von denen die Landwirtschaft «nur einen Teil» aufzunehmen vermag. Und weil die fraglichen Burschen und Mädchen für die «städtische Produktion» weder geschult noch sonstwie vorbereitet sind, können die zuständigen Arbeitsvermittlungämter in der Stadt dem andern Teil der neuen Arbeitskräfte (er wird ohne Zahlen oder Prozentangaben lediglich «beträchtlich» genannt) auch nur zum Teil Stellen zuweisen.

Zur ersten Korrektur dieser Lage wüsste der Autor allerdings ein Mittel: Es sei an der Zeit, die Praxis zu unterbinden, den stellenlosen Jugendlichen Schwarzarbeit zuzuhalten. Bis die ganze Sache ins Gleichgewicht gebracht werden kann. Dadurch, dass man bei der Schulausbildung berücksichtigt, dass der Geburtenzuwachs auf dem Land grösser ist als in der Stadt. Das wird die Jugendlichen, die *jetzt* keine reguläre Arbeit finden und am irregulären Verdienst gehindert werden sollen, aber wirklich freuen.

Oder aber die Jugendlichen bleiben auch ohne Arbeit in den angestammten Sowchosen, was sie laut Danija-Chodschajew «in ganzen Klassen gestriger Schüler» auch wirklich tun, durchaus unrichtigerweise, weil sie damit «zur Herabsetzung des allgemeinen Beschäftigungsgrades unter den Sowchosarbeitern beitragen». Woraus übri-

gens doch wohl zu schliessen ist, dass besagter Beschäftigungsgrad selbst ohne Berücksichtigung der Jugendarbeitslosigkeit zu wünschen übriglässt.

Schon letztes Jahr hatte der usbekische Ministerpräsident N. D. Chudaiberdjow über steigende Arbeitslosigkeit . . . , nein, natürlich nicht, sondern über «wachsende Arbeitskraftreserven» geklagt («Prawda Wostoka», 5. 12. 1975), die er als Argument anführte, um vom Gosplan die Zuteilung von Leichtindustrie an Usbekistan zu erbitten.



Die Beschäftigungsprobleme mögen in Usbekistan ihre eigene Ausprägung haben, aber es gibt sie nicht nur dort.

Der sowjetische Fünfjahresplan 1976—1980 verspricht zum Beispiel den Georgiern eine «vollständigere Ausnützung der Arbeitskraftressourcen» (die bisherige Vollständigkeit hat anscheinend nicht ausgereicht), den Aserbeidschanern

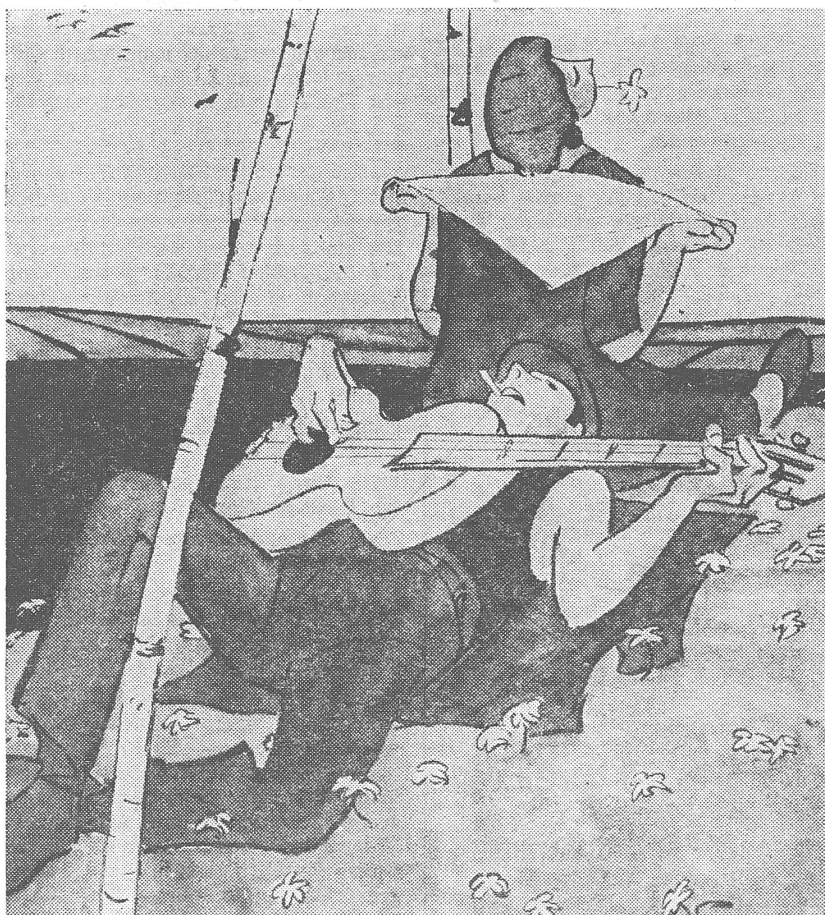
eine bevorzugte Zuteilung von Industrie zwecks «besserer Ausschöpfung des Arbeitspotentials» und den Armeniern einen «Zuwachs an arbeitsintensiver Produktion». Dort hat man nämlich Probleme mit dem «Anteil der nicht in den Arbeitsprozess eingegliederten arbeitsfähigen Bevölkerung» («Kommunist», Tbilissi/Tiflis, 30. April 1975). So gewählt drückt man sich aus. In kapitalistischen Ländern nennt man diese Probleme anders.

Ueber die Lage in seiner Sowjetrepublik hat der kirgische Abgeordnete S. A. Ibrahimow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR berichtet:

«Wir müssen eine stabile Arbeitsfront für die Werktätigen in den Städten mit Kohlebergwerken sichern. Viele Kohlevorkommen sind schon erschöpft, andere Minen arbeiten in ihrem Endstadium. Die Zustände in der Stadt Kysyl-Ki sind bereits jetzt äusserst unbefriedigend. (...) Im Bezirk Neukat haben die stillgelegten Kohlebergwerke die Bildung von Arbeitskraftreserven zur Folge.» («Sowjetskaja Kirgisija», 7. 12. 1975)



Angesichts solcher Umschreibungen, sollte man meinen, spielt es faktisch keine Rolle, ob die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion bei ihrem Namen genannt wird oder nicht. Aber in einer Beziehung gilt das nicht: Weil es offiziell keine Arbeitslosigkeit gibt, gibt es auch keine Arbeitslosenunterstützung. Und *das* wenigstens ist nicht nur die offizielle Wirklichkeit, sondern auch die faktische. ■



Laut den allgewohnten Belehrungen aus den sowjetischen Medien gibt es keine Arbeitslosen, sondern nur Arbeitsscheue. Wie in dieser «Krokodil»-Karikatur: «Was bist du, Wanja, so traurig gestimmt?» — «Der Kolchos ist aus den Fugen: Sie wollen mich zur Arbeit zwingen.»